

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851**

12.6.1851 (No. 137)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. Juni.

N. 137.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

## Die Revisionsfrage in Frankreich.

I.

Daß die Revision der Verfassung in der Nationalversammlung nicht die durch das Gesetz bedingte Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen erhalten werde, darüber hat man von Anfang an sich nicht getäuscht; man erwartete indeß eine solche, daß sie immerhin ein großes moralisches Gewicht in die Waagschale zu legen im Stande sey. Die vorläufigen Verhandlungen, die in den Abtheilungen der gesetzgebenden Versammlung darüber gepflogen wurden, können indessen, wenn sie als Maßstab für den zu fassenden definitiven Beschluß der Versammlung selbst gelten sollen, keine imponante Mehrheit in Aussicht stellen. Mehrere Gründe haben zusammengewirkt, um die Stimmen zu zersplittern; der wichtigste ohne Zweifel ist der, daß die monarchische Partei noch nicht zu jener Einigung gelangt ist, von der der Sieg ihres Prinzips unbedingt abhängt. Daß der Präsident der Republik nicht gesonnen ist, sich selbst einem höhern monarchischen Prinzip unterzuordnen, beweist seine Rede in Dijon, die seinen Gegensatz zu der alten Dynastie schroff genug ausgesprochen hat. Seine Anhänger wollen Nichts wissen von einer Revision im Sinn der Wiederherstellung der Bourbonen.

Eine weitere Zersplitterung der Stimmen wird herbeigeführt durch die noch nicht befeitigte Spaltung zwischen den Legitimisten und Orleanisten. Ein Theil der Letzteren will lieber keine Revision, als eine solche, die Jenen zugute käme.

Die Wahl der Kommission ist das Bild dieser Zerrissenheit; die Republikaner triumphiren; sie betrachten die Revision als befeitigt. Nichtsdestoweniger steht immer noch das fest, daß die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene gesetzgebende Versammlung in ihrer imponanten Mehrheit aus Republikanern nicht besteht; daß neben den Monarchisten die Nothen die bedeutendste Fraktion bilden, und die Partei der honnetten Republikaner, Cavaignac an der Spitze, der Zahl nach der unbedeutendste Bruchtheil der Versammlung ist.

Die Frage wird also immer die zwischen der Monarchie und der rothen Republik seyn; die wahre Republik ist in Frankreich unmöglich, denn es fehlen ihr alle Lebensbedingungen, aus welchen sie naturgemäß hervorgehen könnte. Die rothe Republik könnte momentan siegen, würde aber, da sie bei längerem Bestehen sich selbst vernichten müßte, weil sie, auf Unvernunft, Frevol, und thierischer Selbstsucht beruhend, die zerstörenden Kräfte des Menschengeistes zum Wechselwort führt, nach kurzem Bestande in sich selbst zerrütet, den vereinigten Kräften der noch fest stehenden Staaten erliegen, aller Wahrscheinlichkeit nach aber selbst ohne äußeres Einschreiten zur Militärdiktatur führen. Der Sieg der Monarchie kann verzögert, aber nicht verhindert werden. Die getrüblen Aussichten für die Sache der totalen monarchischen Revision sind daher noch kein Grund, an dem endlichen Sieg der Monarchie zu verzweifeln.

Die wahre Bedeutung der Revisionsfrage besteht darin, daß die Verhandlungen darüber, geführt im Angesichte des Landes, die Gelegenheit bieten, die Frage, welche Regierungsform für Frankreich die passende und rettende sey, offen und frei zu erörtern, und der öffentlichen Meinung Anhaltspunkte geben, klare Einsicht in die Sache und Mittel und Wege anzudeuten, auf welchen das Land ohne neue heftige Erschütterungen einem der Vernunft und der Geschichte entsprechenden Zustande wieder zugeführt werden kann.

Die Verhandlungen in den Abtheilungen sind aber nicht ganz maßgebend für den zu erwartenden Beschluß der Versammlung selbst. Wenn man dieselben liest, so sieht man, daß die Redner mit großer Vorsicht und Zurückhaltung sprechen; erst die Beratungen über den Bericht der Kommission werden entscheidend seyn; hier erst wird die Frage erschöpfend behandelt und das Gewicht der zurückgehaltenen Argumente in die Waagschale geworfen werden. Wer will sagen, was bis dahin sich noch ereignet, und welcher Kämpfer die hinreichendste Wirkung hervorbringen wird?

Möglich, daß die Spaltung in der monarchischen Partei der Republik noch ein ferneres Daseyn fristet; allein dann wird Frankreich nicht zu beneiden seyn; eine vertagte Frage ist keine gelöste, und das Streben der vorhandenen Parteien, einen Zustand zu beenden, der eigentlich keine einzige befriedigt, wird nicht aufhören. Ein solcher Zustand aber ist der jetzige. Die Nothen wollen Nichts von der Revision wissen, weil sie wohl einsehen, daß die totale Revision gleichbedeutend ist mit Herabsetzung der Monarchie; sie lassen sich daher lieber das Bestehende gefallen, hoffend, daß die Fortschritte der Demoralisation des Volkes immer weiter um sich greifen und am Ende auch der Armee nicht fern bleiben werden.

Dies zu verhindern aber wird natürlich das Bestreben der Partei der Ordnung seyn, die am Ruder ist. Sie wird dem Sozialismus immer mehr auf den Leib rücken, in immer engere Kreise ihn einschränken müssen. Ein neuer Kampf ist dann unausbleiblich; die Sozialisten scheuen ihn, denn sie sehen ihre Niederlage voraus. Greifen sie zu den Waffen, so wird aus einer neuen Empörung wahrscheinlich die Monarchie in Waffen, sey es auch zunächst als Militärdiktatur, hervorgehen. Lassen sich die Sozialisten ruhig die Lebensmittel abschneiden, so zwingt sie am Ende der Hunger zur

Uebergabe, und die Monarchie ist dann ohne Kampf Siegerin.

Daß die Sozialisten so ruhig sich in ihr Schicksal ergeben, ist nicht wahrscheinlich. Das Ablehnen der Revision wird daher die französischen Zustände nicht wesentlich bessern; er bleibt ein in sich unwahrer, ein steter Krieg prinzipiell sich schroff gegenüberstehender Feinde, welche Gegensätze darstellen, zwischen welchen keine Vermittlung möglich ist.

Ein solcher Zustand aber ist auf die Länge kein erträglicher; er richtet das Land materiell und moralisch zu Grunde, und die Freiheit nach innen und außen ist gleich gefährdet; denn je länger dieser Zustand innerer Zersekung und steigender Verbitterung der Parteien dauert, um so ohnmächtiger wird das Land nach außen.

Schon das Nationalgefühl der Franzosen wird einen solchen Zustand, der es in den Fragen europäischer Politik zu einer untergeordneten Rolle herabdrücken müßte, wenn er länger dauert, nicht lange aushalten.

Eben so wenig aber kann Deutschland wünschen, daß die Revolution in Frankreich nicht zum definitiven Abschluß komme, und von dort aus beständig eine Invasion von Barbaren der sozialistischen Propaganda drohe. Es kann nur das wünschen, daß es in der Monarchie wieder jene Ordnung erlange, von der unser Welttheil nun einmal durchdrungen ist, und die allein den Boden bietet, auf welchem der Kampf der Gegensätze im Einzelnen zum Fortschritt im Ganzen sich vermittelt und die Sache der Zivilisation ihre festeste Bürgschaft findet. Möge der Deutsche, der sich fester monarchischer Staatsordnung erfreut, der Gnade der Vorsehung danken, daß er mit solcher Verfassungsrevisionsfrage, wie die französische, verschont geblieben ist, und um so fester an dem Prinzip festhalten, das ihm eben so sehr die Freiheit, als die Ordnung verbürgt. Der Despotismus von oben ist nicht mehr möglich, da die Sonne der Zivilisation und der Bildung auch die Spitzen der Gesellschaft beleuchtet, wohl aber der von unten, wie die Geschichte der Revolution, welcher Sitte, Religion, Bildung, Familie, und Eigenthum ein Greuel und ein Gegenstand des Gelächters sind, beweist.

## Deutschland.

\* **Karlsruhe, 11. Juni.** Durch gütige Mittheilung des Vorstandes des badischen Auswanderungsvereins sind wir in die Lage gesetzt, folgenden Auszug aus einem Schreiben des Sekretärs der deutschen Gesellschaft in New-York zu veröffentlichen: Der erste Transport badischer Auswanderer dieses Jahres ist bereits am 21. April mit dem Schiffe Schiller hier angekommen. Unglücklicher Weise kam der Avis dieses Zuges erst nach Ankunft des besagten Schiffes bei hiesigem Groß-Generalkonsulate an; es war also der Zug selbst bereits in die Hände hiesiger Spekulanten gefallen, deren Operationen sich sofort demselben fühlbar machten. Ein hiesiger Makler empfangend die Angekommenen schon an der Quarantaine, gab sich als Abgeordneten des Konsuls aus, und betrog so einen Theil derselben auf das unverschämteste. Kaum davon unterrichtet, reiste unser Agent sofort nach Albany, fand dort die Betrogenen, nahm die Intelligenteften derselben auf unsere Kosten hieher zurück, und zwang dadurch den Spekulanten, von seinem Raube 201 Dollars wieder herauszugeben. Derselbe Kreuder, der diese Ankömmlinge empfangen ließ, zahlte, wie man sagt, an ein hiesiges Gasthaus 6500 Doll. für Zuweisung aller in diesem Jahr in dasselbe einwandernden Einwanderer und gab einem andern Gastwirth, der schon von Buschmüller 300 Doll. für die Saison erhalten hatte, diese 300 Doll. nebst Zinsen zu Rückerstattung mit einer Monatszahlung von 70 Doll. für Zuweisung von Passagieren. Gegen solche, mehrere Hunderttausende betragende Spekulationen haben wir, die deutsche Gesellschaft, aus bloßer Humanität anzukämpfen! Wo es Hunderttausende gilt, zählt man gern Summen an käufliche Tagesblätter, uns zu beschimpfen und zu verächtigen, während wir Geld an solche elende Zeitungen weder wegwerfen, noch weggeben haben. Dennoch halten wir an unserm Zwecke fest, und wenn es uns, wie bei Ihren Badensern, gelingt, dem frechen Betrug wirksam entgegenzutreten, so belohnt uns das Bewußtseyn, unsere Pflicht gethan zu haben, mehr als alle albernern Erfindungen uns schaden können. Empfehlen Sie deshalb Ihre auswandernden Landleute immerhin vertrauensvoll an uns. New-York, 16. Mai."

|| \* **Mannheim, 10. Juni.** Vergangenen Sonntag kam eine Abtheilung österreichischer Artilleriemannschaft hier an und wurde einquartiert; den folgenden Tag marschirte dieselbe, wie es heißt, nach Mainz. — Der Zubräng von Fremden während der Pfingstfeiertage in unserer Stadt war so groß, daß gestern Hunderte derselben nicht mehr Platz im Theater fanden. Der größte Theil der Einwohnerchaft Rheinsbayerns schien ausgeflogen zu seyn, theilweise zur Beschäftigung der hiesigen Gegend, vorzugsweise aber ging der Zug der Bergnügen Suchenden nach Heidelberg, Schwegingen, Weinheim, und den sonstigen Punkten der Bergstraße von Bedeutung, und dorthin entsendete auch unsere Stadt ihr Kontingent. Die Wanderlust war so groß, daß die Leute, dem bekannten Sprichworte „auf Regen Sonnenschein“ ver-

trauend, die Reisewagen mit offenen Regenschirmen bestiegen. Die verschiedenen Institute zum Personentransport waren der Wanderlust förderlich an die Hand gegangen, und auf Eisenbahn und Rhein und Neckar waren Extrafahrten angeordnet; dabei war die Konfluenz von Personen aller Gegenden auf dem Heidelberger Bahnhof während des letzten Zugs unter dem Gestrigen so stark, daß die Leute unmöglich in der vorgeschriebenen Zeit befördert werden konnten, und daß der Zug um eine Stunde später als gewöhnlich hier anlangte.

In Folge der beabsichtigten Aufstellung von Cadres zu fünf weitem Bataillonen ist ein ziemlich umfassendes Avancement unter dem Offizierkorps vorgenommen worden, welches binnen kurzem veröffentlicht werden und in Wirksamkeit treten wird.

**Freiburg, 10. Juni.** (N. Fr. Z.) Sicherem Bernehmen nach hat die Frequenz unserer Universität in diesem Semester wieder einen erfreulichen Stand erreicht. Zwar ist das amtliche Verzeichniß der Studirenden noch nicht erschienen; so viel aber hören wir, daß ihre Zahl sich ungefähr auf einige mehr als im vorigen Halbjahre, d. h. etwa auf 407 stellt, was um so bemerkenswerther ist, als sonst die Frequenz unserer Hochschule im Sommersemester geringer zu seyn pflegt, als im Wintersemester.

**Stuttgart, 8. Juni.** Der Postvertrag wird mit 78 gegen 2 Stimmen genehmigt.

**Stuttgart, 10. Juni.** Die Frage über die Gültigkeit der Grundrechte macht gegenwärtig dem „Vorbacher“ und der „Württembergischen Zeitung“ viel zu schaffen. Ersterer will sie als Reichs-, letztere als Landesgesetz anerkannt wissen, und es läßt sich nicht verkennen, daß, wenn die Frage ganz kategorisch in der Kammer gestellt würde: sollen die Grundrechte in Württemberg Geltung haben? dieselbe mit einer sehr großen Majorität entschieden bejaht würde. Radikale und Mittelpartei würden sich die Hände reichen, und es dürften sogar einige Mitglieder der rechten Seite, der Eine wegen dieses, der Andere wegen jenes einzelnen Paragraphen mit Ja stimmen. Wer denkt aber daran, diese Frage so spitz zu stellen, nachdem man auf dem Wege ist, den Knoten auf ganz andere Weise zu lösen? Die Regierung wird einen Verfassungsentwurf vorlegen, in welchem, ganz abgesehen von der Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der Grundrechte, diejenigen Bestandtheile derselben aufgenommen sind, welche nach der Ansicht des jetzigen Kabinetts anwendbar sind oder nicht. Stimmen nun diese Vorlagen mit der Ansicht der Mehrheit überein, und werden sie von dieser angenommen, so kann es dem Ministerium gleichviel seyn, ob diese sie wegen ihrer reichsgesetzlichen oder landesgesetzlichen Gültigkeit, oder bloß deshalb angenommen hat, weil sie ihr gut und nützlich erscheinen und die Möglichkeit des Fortbestandes der konstitutionellen Monarchie gewährleisten. Zwar darf man sich nicht darüber wundern, wenn die heißblütigsten Mitglieder der Linken auch von der freisinnigsten Verfassung Nichts wissen wollen, wenn sie nicht sämtliche Grundrechte, und unter ausdrücklicher Anerkennung derselben, in sich schließen; diese werden aber in der Minderheit bleiben, da die Mittelpartei sich ihnen nicht anschließt, so lange die Regierung in ihrem Verfassungsentwürfe den zu Landesgesetzen gewordenen Theil der Grundrechte nicht über Bord wirft. Dies wird aber sicherem Bernehmen nach nicht der Fall seyn, indem die Regierung fest entschlossen seyn soll, Ständesprivilegien nicht wieder einzuführen, die Ablösungen nicht anzutasten, die Freiheit der Presse und Vereine nicht zu beschränken, und was dergleichen Punkte sind, um welche die Altliberalen so lange gekämpft haben. Daß sie auf dem Wege der Gesetzgebung gegen die Uebriggriffe der Presse und den Unfug, der mit Vereinen getrieben werden könnte, sich zu sichern suchen wird, wird ihr keine Feinde im Lager der Mittelpartei machen, und so ist, bei der Bereitwilligkeit des Entgegenkommens von dieser Seite, sehr gegründete Aussicht auf eine Vereinbarung vorhanden, und die Frage über die Gültigkeit der Grundrechte gelöst, indem die wenigen Paragraphen derselben, welche etwa in der neuen Verfassung keine Stelle gefunden haben, keine erheblichen Schwierigkeiten mehr machen können. Die religiöse Freiheit soll ebenfalls in dem neuen Entwurfe gewahrt seyn, so daß also die Reihen der Opposition keine Verstärkung aus konfessionellen Gründen erhalten werden, und so läßt sich hoffen, daß die neue Verfassung mit ansehnlicher Majorität durchgehen wird, der sich sogar die Israeliten anschließen dürften, wenn welche in der Kammer säßen, da auch ihnen zu Theil werden soll, was sie zu so entschiedenen Anhängern der Grundrechte machte. Dagegen bedarf ein Artikel aus der „Allgemeinen Zeitung“, der auch in viele andere Blätter übergegangen ist, einiger Berichtigung, indem darin die Erste Kammer als eine Wahlkammer bezeichnet wird, was sie aber nicht wird genannt werden können, und auch die Angabe des Passivgenus von 500 fl. nicht ganz richtig ist.

Die seit kurzem hier bestehende „Süddeutsche Korrespondenz“ hat sehr unglücklich mit einer Mittheilung debütirt, der zufolge Frhr. v. Neurath deshalb erst am 1. Juli sein Amt als Departementschef übernehmen werde, weil bis dahin Ereignisse eintreten würden, welche mehr zu dem Systeme paßten, dessen Träger er sey. Wenn dieses Blatt seine

Kunden nicht besser zu bedienen versteht, so ist ihm kein langes Leben zu prophezeien; denn der 1. Juli ist zu nahe, als daß bis dorthin vergehen sollte, wie unrichtig seine Nachricht war; auch ist überdies zu genau bekannt, daß Hr. v. Neurath bei Uebernahme seiner neuen Stelle die ausdrückliche Bedingung eines mehrwöchentlichen Urlaubs stellte, um dringende Familienangelegenheiten zu ordnen, wozu es ihm früher an Zeit gebrach, weil er sehr schnell zu den Konferenzen nach Dresden hatte reisen müssen.

Am 14. wird 3. Maj. die Königin nach Friedrichshafen reisen; Se. Maj. der König, der zuvor erst noch von Baden hier einzutreffen hat, wird am 16. nachfolgen, und am 17. findet im Schlosse daselbst die Vermählung der Prinzessin Auguste mit dem Prinzen von Weimar statt. Der Herzog von Weimar wird als Gast erwartet. Der Aufenthalt am See wird dem Vernehmen nach auf drei Tage angesetzt.

München, 6. Juni. (N. Abd. 3.) Seit einigen Tagen werden im Hof der Lebkäsefabrik dahier die sämtlichen Offiziere der Infanterie im Geschützergymnasium der Artillerie unterrichtet. Dieser Unterricht wird sich später auch auf die Unteroffiziere und Soldaten, wie früher schon gemeldet, ausdehnen. Wenn, wie in mehreren Blättern erzählt wurde, 10 Batterien Artillerie zu einem Gebirgsmandöver unter der Leitung des Prinzen Luitpold bestimmt seyn sollen, so müssen wir dieses vorläufig aus dem Grunde in das Bereich der Unmöglichkeit zählen, als sich, wegen des stattgehabten Pferdeverkaufs, die Ausrüstungsfähigkeit nicht einmal auf die Hälfte der angegebenen Zahl von Batterien erstreckt. Ueberdies wird morgen die Verstärkung von Pferden fortgesetzt.

Dieser Tage fand Hausfuchung beim Rechtskonzipienten Meyerhofer nach staatsgefährlicher Korrespondenz statt.

Frankfurt, 1. Juni. (N. Münch. 3.) Es ist in den Zeitungen viel von Truppenaufstellungen, ja selbst von Mobilmachungen großer Armeekorps die Rede, welche in den an Frankreich gränzenden Theilen Deutschlands aufgestellt werden sollten. Auf jeden Fall geht aus allen solchen umlaufenden Gerüchten hervor, daß man bei den fortwährend im Zunehmen begriffenen Wirren in Frankreich militärische Maßregeln für nicht unwahrscheinlich hält, daß man in den verschiedenen politischen Kreisen allgemein glaubt, es fehle zur Ergreifung solcher den deutschen Regierungen nicht an triftigen Beweggründen. Und darin dürfte man wohl auch nicht irren. Es liegt nahe, daß die deutschen Regierungen dafür sorgen werden, weil sie es müssen, daß Ereignisse in Frankreich, wie jeder Augenblick sie gebären kann, keine erschütternde Wirkung auf Deutschland ausüben. Man wird das eigene Haus vor dem Brande in des Nachbarn Haus schützen. Das ist ein Gebot der gewöhnlichen Klugheit. Man wird die Brandlegung in Deutschland mit allen Mitteln zu verhindern suchen, und daß dazu die Aufstellung einer gehörigen Zahl von Feuerwächtern in denjenigen Theilen Deutschlands, welche der Gefahr am meisten ausgesetzt sind, das zweckmäßigste Mittel sey, dürfte die oberste Bundesbehörde wohl demnächst durch sprechende Thatfachen offen zu erklären sich gebungen fühlen. Daß man deswegen jedoch großartigen Mobilmachungen entgegensehen dürfe, ist unwahrscheinlich. Frankreich würde vor Allem eine ziemliche Weite mit sich selbst zu schaffen haben, ehe etwa eine Partei in ihm siegte, welche gegen das Ausland angreifend vorzugehen Lust hätte. Es würde sich vor Allem darum handeln, daß man, so lange die Dinge in Frankreich keinen gegen Deutschland aggressiven Charakter annähmen, dafür sorgte, daß Deutschland nicht mit in den Strudel der Revolution gerissen würde.

Eine zweckmäßige Aufstellung von Truppen gegen Frankreich, d. h. nicht contro la France, sondern vers la France, zu dem Zwecke, die Revolution im eigenen Lande niederzuhalten, dürfte also aus dem einfachen Grunde erfolgen, weil es eben dazu kein anderes Mittel gibt. Zwischen einer solchen jedoch bis zu einer etwaigen Absicht, in Frankreich zu interveniren, wäre aber ein himmelweiter Unterschied. Nur Sanguiniker könnten glauben, es dürften die konservativen Mächte den ersten Beginn einer Periode von Wirren in Frankreich als eine Mahnung betrachten, sich fogleich in die innern Angelegenheiten Frankreichs zu mischen. Jedem nüchtern Blickenden ist es klar, daß von einer Intervention im wahren Sinne des Wortes nie die Rede seyn könnte. Trüge die konservative Partei in Frankreich den Sieg davon, dann schände jeder Grund zu einer solchen; siegte hingegen die propagandistisch-revolutionäre, dann gälte es für die konservativen Mächte, sich zu vertheidigen, und das früher oder später eines aktiven Auftretens derselben würde alsdann lediglich von strategischen Rücksichten geboten erscheinen.

Die Thatfache des Sieges der propagandistischen, revolutionären Partei in Frankreich wäre, wer möchte Dies bezweifeln, eine offene Kriegserklärung an Deutschland, auf welche dieses alsdann wohl durch großartige Mobilmachungen antworten würde, weil es müßte. Für jetzt jedoch dürfte es bei solchen Maßregeln sein Bewenden behalten, wie sie der Ungewißheit von Frankreichs Zukunft gegenüber zur Erhaltung der innern Ruhe in Deutschland notwendig wären, und daß die gegenwärtige französische Regierung in solchen Maßregeln, d. h. in Truppenaufstellungen vers la France, nichts für Frankreich Besorgnis Erweckendes sehen würde, dürfte nicht ohne guten Grund als nicht unwahrscheinlich bezeichnet werden. Wer in dem eigenen Hause vorsichtig ist, der sorgt damit in mittelbarer Weise für die Sicherheit des Nachbarhauses; die Wahrheit dieses Satzes erkennt die ganze konservative Welt Frankreichs, die Stütze der französischen Regierung, an. Sie wird es der konservativen Welt des übrigen Europa's Dank wissen, wenn dieselbe in richtiger Erkenntniß ihrer allgemeinen Interessen den speziellen Interessen des französischen Konservatismus einen anerkannterwerthen mittelbaren Vorschub leistet.

Kassel, 6. Juni. (Allg. 3.) Prinz Adalbert von Bayern, der jüngste Bruder des Königs Otto von Griechenland und dessen präsumptiver Thronfolger, ist vorgestern mit Begleitung

hier eingetroffen, und wurde am Bahnhof von mehreren hier anwesenden bayrischen Offizieren, u. A. vom Grafen du Ponteil, empfangen. Der Prinz nahm sein Absteigequartier im Gasthof zum König von Preußen. Gestern Vormittag stattete ihm der Ministerpräsident Hassenpflug einen Besuch ab, und gestern Abend wohnte der Prinz einer Vorstellung im Theater bei. Der Prinz wird höchst wahrscheinlich wohl bis zur Rückkehr des Kurfürsten von Hannover, welcher bestimmt am Sonnabend zurück erwartet wird, hier verweilen.

Die Stärke der hier noch im Lande befindlichen bayrischen Truppen beläuft sich nach Abzug der in diesen Tagen abmarschirten immer noch auf etwas über 3500 Mann, und nicht, wie es in einigen Blättern hieß, auf nur 2000 Mann. Es liegen hier im Ganzen 5 Bataillone Infanterie, eine halbe Batterie Artillerie, und eine Schwadron Kavallerie. Seit mehreren Tagen ist wieder viel von einer Verlegung kurbessischer Truppen in auswärtige Garnisonen die Rede. Unsere Truppen, so wird hinzugesagt, sollten etwa durch preussische und einen Theil der in Schleswig-Holstein stationirten österreichischen Truppen ersetzt werden.

Hannover, 1. Juni. (Hann. Bl.) Heute ist hier folgende Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Besteuerung der Fabrikation von Rübenzucker betr., erschienen: Da der Umstand, daß über die Besteuerung der Rübenzucker-Fabrikation im hiesigen Königreiche noch keine gesetzliche Vorschriften bestehen, möglicher Weise auf den dem Vernehmen nach an einigen Orten in Frage gekommenen Plan, diese bislang im hiesigen Königreiche noch nicht betriebene Fabrikation ins Leben zu rufen, bestimmend einwirken könnte, so finden wir uns veranlaßt, hiedurch zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, daß die kön. Regierung schon seit längerer Zeit von den allgemeinen Ständen ermächtigt worden ist, den Rübenzucker, falls er im Königreich fabrizirt werden sollte, mit einer Produktionssteuer von mindestens  $\frac{2}{3}$  des Eingangsteuer-Satzes von Zucker zu belegen, und darüber das Erforderliche ohne Weiteres gesetzlich festzustellen, und daß sie eintretenden Falls nicht anstehen wird, von dieser Ermächtigung den geeigneten Gebrauch zu machen.

Kiel, 6. Juni. (S. N.) Wir hören, daß den Mitgliedern der Zivilbehörde sehr beruhigende Mittheilungen geworden sind über den zu erwartenden Ausfall der Entscheidung in Warschau. Die Herzogshümer, meinen wir, haben alle Ursache, auf die Anwesenheit des Generalleutnants v. Dümen in Warschau, der bekanntlich dem Kaiser von Rußland persönlich sehr nahe steht, manche Hoffnung zu setzen.

Berlin, 7. Juni. (D. P. A. 3.) Die Wiederbelebung der Provinziallandtage durch einfaches Ministerialreskript hat in den Organen der „Eigentlichen“ am Rhein und in Schlesien einen gewaltigen Sturm hervorgerufen. Man darf aber als sicher annehmen, daß das Ministerium durch dergleichen Agitationen sich nicht wird irre machen lassen. Die Gegner der Regierung vergessen, wie ein Korrespondent des „Alt. Merk.“ treffend bemerkt, daß wir nicht mehr in den Zeiten vor dem Jahr 1848 leben. Damals gab allerdings der rheinische Liberalismus mehr, als gut war, den Ton in Preußen an. Die Staatsgewalt selbst hat reiche Erfahrungen gesammelt. Sie ist nicht mehr so schüchtern, als früher, und hat endlich die Nothwendigkeit erkannt, entschieden vorzugehen, wenn es darauf ankommt, die vaterländischen Institutionen von den Schlägen der Revolution zu befreien. Mit dem einschichtigen und wahrhaft patriotischen Theil der Bevölkerung bekennen jetzt auch unsere Staatsmänner, daß der luftige Aufbau theoretischer Verfassungsformen nicht das Mittel ist, ein Land zu beglücken. Sie lassen den neuen Schöpfungen, so weit sie sich als geüßlich bewährt haben, ihr Recht der Fortexistenz; aber sie wollen nicht länger die schwere Verantwortlichkeit tragen, einer destruktiven Radikalismus, wenn auch zum Theil unbewußt, in der nächsten Verwandtschaft steht, Institutionen durchzuführen, welche binnen kurzem nicht bloß alle organischen Verhältnisse des Volkes, sondern die Fundamente der Gesellschaft selbst zerstören müssen. Deshalb wird die Regierung den zuverlässigen Anzeichen nach auch festen Schrittes den eingeschlagenen Weg fortwandelnd, und unbekümmert um die Intriguen der Opposition die Entwicklung unseres Staatslebens auf seinen natürlichen Grundlagen fördern. Wir sagen nicht, unsere ständischen Einrichtungen seyen fehlerlos und keiner Reform bedürftig; im Gegentheil. Aber sie bilden für die Wahrnehmung und Förderung der Interessen der kleinern Kreise, in denen sich das öffentliche Leben bewegt, sie bilden für die Verathung und Verwaltung der kommunalen und provinziellen Angelegenheiten eine Basis organischer Gestaltung, wie sie kaum besser gefunden werden möchte. Einmal ist es dem rheinischen Liberalismus gelungen, uns mit seinen fremdländischen Verfassungsexperimenten dieser Grundlage freiheitlicher Entwicklung des engern und weitem Gemeindegelbes zu entziehen und uns ganz wieder den Händen der zentralisirenden Bürokratie zu überliefern. Ein zweites Mal wird es ihm nicht gelingen!

Wien, 6. Juni. (Allg. 3.) In diesem Augenblicke sind die vielfachen Gerüchte über eine bevorstehende Krisis nicht bloß in Bezug auf das Ministerium, sondern auch rücksichtlich der Verfassungsfrage mehr oder minder wieder verstimmt. Wir sind indes der festen Ueberzeugung, daß allerdings ein solcher Moment der Krisis vorhanden sey. Das Provisorium kann nicht länger mehr aufrecht erhalten werden, darüber ist Alles einig. Man muß sich nach irgend einer Richtung entscheiden, und entweder die Verfassung vom 4. März aufrecht erhalten, oder in einer andern Weise irgend einen bestimmten Rechtsboden gründen. Daß mit der Einberufung der alten Landtage die große Schwierigkeit der Verhältnisse nicht beendet ist, mag man wohl einsehen. Man mag an die Unmöglichkeit, unter den jetzigen Umständen den ungarischen Landtag oder die galizischen Stände, so beengt auch der letztern Wirkungsbereich war, einzuberufen, wohl auch

gedacht haben. Aber man muß und wird sich entschließen. Zu den ungarischen Altkonservativen, die gewiß die geschlossenste und rührigste Partei Oesterreichs sind, gesellen sich auch neuerdings die böhmischen Adeligen, eine mächtige Korporation, die dem Provisorium nicht länger mehr gleichgültig zusieht. Die nächsten Wochen müssen Entscheidendes bringen.

Wien, 7. Juni. (D. P. A. 3.) Die Geldgeschenke, welche der Kaiser von Rußland in Olmütz zurückgelassen hat, belaufen sich auf ungefähr 50,000 fl. K.-M. Zugleich wurden 100 kais. Orden vertheilt. Der Kaiser hat die Rückreise nach Warschau in einem Salonwagen gemacht, der von Augenzeugen als ein Wunder der Pracht und Kostbarkeit geschildert wird. Dieser Wagen ist innen mit rothem Damast bekleidet und mit solchen Vorhängen versehen, und strotzt von Gold. Er dürfte über eine Million Gulden kosten.

Der Grund, weshalb das neue Strafgesetzbuch, dessen baldiges Erscheinen vor mehr als sechs Monaten schon allseitig als gewiß angenommen wurde, bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden ist, dürfte darin zu suchen seyn, daß man unter Einem die Revision der Strafprozessordnung vom 17. Januar 1850 veranstalten und nach Beendigung derselben sowohl den materiellen als formellen Theil der umgestalteten Gesetze als ein vollständiges österreichisches Strafgesetzbuch in Wirksamkeit treten lassen will.

### Schweiz.

(Basel. 3.) Die eidgenössische Kommission, welche am 22. v. M. behufs einer Revision des gegenwärtigen eidgen. Zolltarifs in Bern zusammentreten ist, hat ihre Arbeiten vollendet, und der „Nouv. Bau.“ theilt Einiges daraus mit. Der Eingangszoll von kleinem Vieh soll von 7 auf 10 Cent. erhöht werden, der auf Getreide von 14 auf 15 Cent., der von Wein und Bier von 10 Bg. auf 1 Fr. 50 Ct. (also eine Erhöhung von ungefähr 10 Cent.), und so noch eine Reihe von Gegenständen. Dagegen soll der bereits sehr niedrige Transitzoll noch um die Hälfte herabgesetzt werden. Im Ganzen ergebe sich eine Erhöhung des Zollertrags, deren maßhaltiger Betrag indes nicht angegeben wird, und eine Vereinfachung der Erhebung, worüber indes ebenfalls das Nähere noch zu gewärtigen steht.

### Frankreich.

Die „Basler Zeitung“ enthält ein angeblich nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Schreiben über die gegenwärtige Stimmung in Frankreich, dessen Inhalt wohl zu beachten seyn dürfte; es heißt darin: „Noch nie hat man sich in Paris so lustig gemacht, mehr auf Abwechslungen in den Zerstreungen gedacht, als im vergangenen Winter geschehen ist. Es scheint gerade, als ob man vor der Krisis noch einmal den Becher der Lust bis auf die Hefe ausleeren wolle, weil man fürchtet, vielleicht auf längere Zeit gar nicht mehr davon kosten zu dürfen. Jedermann spricht von der Möglichkeit eines Bürgerkriegs. Die Berichte der höhern Beamten aus den Provinzen lauten fast einstimmig dahin, daß der Sozialismus die drohendsten Fortschritte mache, und einen Kampf auf Leben und Tod mit Allem beginnen wolle, was noch Erwas zu verlieren hat. Ich halte die vielbesprochene und fast berüchtigte Schrift von Romieu (le spectre rouge) für das wahrste Gemälde der jetzigen französischen Zustände, wenn gleich ein Mann von Gewissen keineswegs die Mittel billigen wird, die zur Abhilfe hier vorgeschlagen worden sind. Das Vorhandenseyn des Sozialismus läßt sich für Jeden, der offene Augen und Ohren hat, nicht mehr in Abrede stellen, noch weniger seine Macht, wenn ihm nicht in kurzem, was jetzt noch möglich ist, mit kräftiger Hand ein Ziel gesteckt wird. Was die Sozialisten wollen, ist eben so klar. Von einem Streben nach Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetze, wie man es 1789 verlangte, keine Spur mehr, sondern sie anerkennen gar kein anderes Gesetz, als dasjenige der Willkühr und der Rache an Denjenigen, welche sie (wie sie behaupten) bis jetzt ausgefogen haben. Sie begehren weniger den Besitz der schönen Kleider der Reichen, ihres Geldes und ihrer Häuser, denn sie wissen wohl, daß sie Alles dieses doch nicht lange behalten würden, sondern es ist ihnen mehr daran gelegen, die schönen Kleider auf dem Rücken Derjenigen zu zerreißen, welche sie tragen, das Geld durchzufagen, die Häuser der Plünderung preiszugeben. Die Sache fängt selbst ihren Führern an unheimlich zu werden; sie wissen wohl, daß, wenn die Masse einmal losgelassen ist, sie keine Gränzen mehr kennt, und sich gegen ihre eigenen Führer kehren wird. Die Klügern möchten gerne umkehren. Die Leidenschaftlichen aber behaupten, wenn sie auch selbst daran glauben müßten, so sey Dies nicht zu achten gegen den Vortheil, welchen die Gesellschaft sonst durch sie erreichen würde. — Es kommt jetzt Alles darauf an, welche Rolle die Armee übernehmen wird, und ob die Regierung kluge Maßregeln zu ergreifen versteht. Bis jetzt hat sie keine Proben von besonderer Geschicklichkeit abgelegt. An ungeleglichen Mitteln fehlt es nicht. Will man aber auf gesetzlichem Boden bleiben, so müßte man der drei Biertheile der Nationalversammlung gewiß seyn, und Dies ist bei der demaligen Zusammenfassung derselben eine Unmöglichkeit. Ein einziges gesetzliches Mittel bliebe noch übrig, nämlich durch einen Austritt der Mehrheit in Masse eine allgemeine Erneuerung der Versammlung hervorzurufen, wobei ganz Frankreich Gelegenheit erpölte, sich für den einen oder andern Grundsatz auszusprechen; allein wir zweifeln sehr daran, daß dieser Ausweg beliebt, und nicht lieber die Entscheidung durch das Schwert vorgezogen wird.“

Paris, 9. Juni. Wie man uns versichert, dauern die militärischen Bankette im Elysee immer noch fort. Die Offiziere der Pariser Garnison werden der Reihe nach im Elysee bewirthet und von dem Präsidenten der Republik bei solcher Gelegenheit mit außerordentlicher Zuvoorkommenheit behandelt. Vorgestern dинire der Oberst des 18. Linienregiments mit seinem ganzen Offizierkorps im Elysee; dieselben sollen mit einer ganz befondern Auszeichnung behandelt worden seyn, da sie gerade keine besondere Sympathie für das Elysee bis jetzt an den Tag gelegt haben sollen.

Spanien.

\*Madrid, 4. Juni. Es sind heute Nachrichten von Lissabon vom 31. Mai hier eingetroffen. Briefe aus Badajoz geben einige Einzelheiten über die Ereignisse von Elvas und Campo Mayor. Diese Städte haben das 4., 11. und 17. Infanteriebataillon, die 1., 2., und 5. Schwadron Reiterei und 2 Batterien Artillerie als Garnison. Alle diese Streitkräfte waren unter dem Befehl des Baron Bezande. Die Offiziere dieser verschiedenen Korps begaben sich, nachdem sie von der Ergebung Bezande's durch den Baron das Antas Kenntniss erhalten, zu dem Ersten, um ihm zu erklären, daß, obgleich sie der Königin und der Chartre getreu bleiben und die Befehle des Marschalls Saldanha in Ausführung bringen wollten, sie sich niemals entschließen könnten, unter dem Befehl eines Mitglied der Junta von Oporto zu dienen. Durch diese Erklärung wollten sie die militärische Disziplin aufrecht erhalten. Der wahre Grund zur Handlungsweise dieser Offiziere liegt in den Befürchtungen, von das Antas ihrer Stellen beraubt und durch septembritische Offiziere ersetzt zu werden. Gewisse Korrespondenzen stellen in Aussicht, daß die Bewegung von Elvas eine Nachahmung in Oporto hervorrufen könnte, da der dort kommandierende Baron Bomfim bei der portugiesischen Armee nicht sehr beliebt ist. Die "Epoca" bemerkt in Bezug auf Elvas, daß, obgleich die Festungswerke beim Rückzug der Armee Massena's, der einen Theil derselben in die Luft gesprengt, stark gelitten hätten, dieser Platz doch noch immer der wichtigste von Portugal sey; er sey selbst stärker als Badajoz, dem er gegenüber liege. Alle Streitkräfte der portugiesischen Regierung würden unzureichend seyn, um denselben zu nehmen. Die "Epoca" will außerdem noch wissen, daß sich gleich nach der Ergebung Saldanha's ein Unterkomitee des revolutionären Zentralkomitee's von London in Oporto niedergelassen hat.

Frankfurter Kurszettel. 10. Juni. (Aus dem Kursbericht vom Syndikat der Wechselbank.)

Table with columns: Staatspapiere, per comptant, Wechsel in fl. süddeutscher Währung, Geldkurs. Includes entries for Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Kurhessen, Gr. Hessen, Nassau, Rußland, Spanien, Holland, Belgien, Sardinien, Toskana, N. Amerika, and various exchange rates for cities like Amsterdam, Augsburg, Berlin, Bremen, Hamburg, Leipzig, London, Paris, Wien, and Disconto.

D.160. Von der bei Engelhorn & Hochhaus in Stuttgart erscheinenden Allgemeinen Muster-Zeitung, Album für weibliche Arbeiten und Moden.

Preis, vierteljährlich 54 fr. ist die erste Nummer des zweiten Semesters für 1851 bereits ausgegeben, und werden hierauf, so wie auf das verfloßene Semester und die Jahrgänge 1846 bis 1850 von jeder Buchhandlung, allen Postämtern und Zeitungs-Expeditionen Bestellungen angenommen. Die Muster-Zeitung erscheint monatlich zwei Mal; jede Nummer besteht aus einem Bogen Text, zu welchem abwechselnd entweder ein ganzer Bogen Muster, oder ein halber Bogen Muster und ein Modebild gegeben werden. Der Text enthält: Interessante Erzählungen, Modeberichte, die Erklärung der Musterbogen und neuer weiblicher Arbeiten, Miscellen etc., einen Rebus. - Zu Aufträgen empfiehlt sich besonders Braun's Hofbuchhandlung, A. Vielesfeld, Herder'sche Buchhandlung, G. Holzmann, in Karlsruhe, Hanemann in Rastatt, Braun in Offenburg, Geiger in Lahr, Krag in Bruchsal.

Advertisement for Janus Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg. Includes a small illustration of a figure and a table of statistics: Neue Anmeldungen in 1850, Neue Versicherungen in 1850, Total des Versicherungskapitals ultimo 1850, Total der Versicherungen, Prämien-Einnahme, etc.

Nur noch bis Samstag soll der Rest des Lagers, nicht etwa um einen pekuniären Gewinn zu erwecken, sondern nur um Geld zusammenzubringen, um die Hälfte des Wertes, aber zu festen Preisen losgeschlagen werden, als: Regen- und Sonnenschirme, elegante seidene Sonnenschirme aller Gattungen von 1/2 bis 2 1/2 fl., gestützte von 2/3 bis 3 3/4 fl., endlich Westen- und Hosenträger, Sacktücher, Herren-Slips und Halstücher, Cravatten, Gummihosenträger, geflickte Jacken und Unterhosen, Umhängeländer und noch viele andere Sachen zu wahren Spottpreisen. D.162. Sachs aus Berlin, Marktstraße, die Reihe nach dem Schlosse, in der großen Doppelbude.

Advertisement for Spanische und französische Weine. Includes a small illustration of a wine bottle and a list of wine types and prices: Malaga, Xeres (Sherry), Bordeaux, Muscat Lunel, Burgunder, Champagner, etc.

D.161. [2]1. Karlsruhe. Zur Theilnahme an einem Privatartikel in der französischen Konversation, in Verbindung mit allen seinen weiblichen Handarbeiten, welcher den 15. d. Mts. eröffnet wird, erlucht ergebenst eine Dame, die bereits schon 17 Jahre mit dem glücklichsten Erfolg in diesen Branchen unterrichtet hat. - Näheres hierüber Innerer Zirkel Nr. 26, zwei Treppen hoch. D.163. Karlsruhe. (Zu verkaufen.) Zähringerstraße Nr. 104 ist ein noch neuer Brantwein-keffel zu verkaufen. Näheres im Hause selbst.

D.134. Donaueschingen. Bekanntmachung. Nach den Bestimmungen der Schuld- und Pfandurkunde vom 21. September 1847 für das fürstlich fürstbergische 4 1/2-prozentige Anleihen von 1 Million Gulden wird zur Kenntniss gebracht, daß im Einklange mit dem Tilgungsplane pro termino 1. Januar 1851 nachstehende Partial-Obligationsen im Betrage von 5200 fl. außer Kurs gesetzt und vernichtet worden seyn, nämlich: von Lit. A. à 1000 fl. 2 Stück, Nr. 300 und 301. 2000 fl. B. à 500 fl. 4 Stück, Nr. 153, 755, 756 und 757. 2000 fl. C. à 100 fl. 12 Stück, Nr. 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 918, 919, und 1068. 1200 fl. zusammen 5200 fl. Donaueschingen, den 30. Mai 1851. Fürstlich fürstbergische Domänenkanzlei. J. C. E. D. Sulzger.

D.75. [3]2. Donaueschingen. Offene Gehilfenstelle. Bei unterzeichneter Bauinspektion ist die Stelle eines Gehilfen mit einem Gehalte von 500 fl. in Erledigung gekommen, und soll sofort wieder besetzt werden. Es werden daher alle diejenigen, welche als Bewerber auftreten wollen, aufgefordert, ihre Anmeldungen unter Vorlage ihrer Zeugnisse innerhalb 14 Tagen anher einzureichen. Donaueschingen, den 5. Juni 1851. Fürstl. Fürstbergische Bauinspektion. Dibold.

D.156. [2]1. Karlsruhe. Lehrlings-Gesuch. In eine Buchhandlung des Großherzogthums Baden, verbunden mit Leihbibliothek und Schreibmaterialienhandel, wird ein Lehrling gesucht, welcher die nöthigen Schulkenntnisse besitzt und eine schöne Handschrift hat. Der Eintritt könnte sogleich geschehen. Gefällige Offerten wollen an die Expedition der Karlsruher Zeitung mit der Chiffre D.156 gerichtet werden. D.157. [2]1. Billingen. Zu verkaufen. Der Unterzeichnete beabsichtigt, folgende Fahrnisse zu verkaufen: Zwei Pferde, 7-jährige Degenste, sehr gut, am besten geeignet zum schweren Fuhrwerk, 3 Wagen, 1 Pflug, 1 Egge, Pferdgeschirre zu Wagen und Chaisen, so wie sämtliche vorhandene Fuhrwerks-Geräthschaften, eine 2-spännige Chaise, eine 1-spännige ditto, große und kleine Kasser. Alles befindet sich in bestem Zustand. G. A. Mayer, Malzfabrikant, in Billingen.

D.151. [2]1. Heidelberg. Gasthaus-Verkauf. In einer der bedeutendsten Städte am Rhein (Großherzogthum Baden) ist ein in der besten Lage (Hauptstraße) gelegener, sehr geräumiger und besuchter Gasthof mit Real-Schildgerechtigkeit unter sehr annehmbaren Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft über Lokalität, Preis und Bedingungen ertheilt auf portofreie Anfrage J. W. Bachmann, Zimmerplatz Haus-Nr. 168. D.47. [2]2. Brötzingen. Gasthausverkauf. Der Unterzeichnete ist gesonnen, sein an einer frequenten Landstraße dahier gelegenes eigenhümliches Gasthaus mit Real-Wirtschaftsgerechtigkeit, schon gewölbtem Keller,

großer Hofraithe mit einem Brunnen, einer freistehenden, 2 Stock hohen Scheuer, Stallung zu etwa 20-30 Stück Vieh, Holzremise, Waschküche, 8 Schweineställe, Brantweindrennerei, nebst 1/2 Morgen Ackerland mit vielen tragbaren Bäumen, wobei sich ein schöner Garten beim Haus mit Kegelbahn und Sommerwirthschaft befindet, zu verkaufen. Diese Gebäulichkeiten liegen nur 1/2 Stunde von der Stadt Pforzheim entfernt, und sind nicht nur zum Betrieb der Wirthschaft, sondern auch zum Umtrieb einer Bierbrauerei und Oekonomie vorzüglich geeignet, und ihrer schönen Lage, guten Verkehrs, und sehr billigen Ankaufs wegen besonders zu empfehlen. Lusttragende hiezu können jederzeit mit mir einen Verkauf abschließen. Brötzingen, im Juni 1851. Heinrich Arleth zur Linde.

D.144. [2]2. Karlsruhe. Akfordbegebung. Die Fertigung eines neuen eisernen Thores mit feineren Pfeilern für den Friedhof dahier soll im Soumissionenwege in Akford vergeben werden. Es werden hierzu die betreffenden Steinbauer, Maurer-, Schlosser- und Tischmeister eingeladen, die Zeichnung, Kostenberechnung und Akfordbedingungen einzusehen, und ihre Soumissionen längstens bis zum 21. d. M. anher einzureichen. Karlsruhe, den 9. Juni 1851. Stadtbaumeister. C. K u e n g l e.

D.99. [3]2. Ehingen. (Konfiskatenversteigerung.) Mittwoch, den 25. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr anfangend, werden auf diesseitigem Bureau folgende Waaren in sächlichen Abtheilungen gegen Baarzahlung öffentlich versteigert: Meliszucker . . . . . 600 Pfd. Kandiszucker . . . . . 45 " Kaffee . . . . . 570 " Pfeffer . . . . . 1 1/2 " Sohl- und Kalbleber . . . . . 26 1/2 " Wollen- und Baumwollenwaaren . . . . . 6 " Brantwein . . . . . 3 " Ehingen, den 4. Juni 1851. Großh. bad. Hauptsteueramt. R u f f.

D.149. [2]2. Karlsruhe. (Aufsorderung.) Alle Jene, welche an die verstorbenen Frau Kanzeleirath Wilhelm Hoffmann's Wittve, Karoline, geb. Korn dahier, eine Forderung zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Rechnungen innerhalb 8 Tagen bei Notar Krag (Malienstraße Nr. 1) dahier abzugeben; zugleich ergeht auch an Jene, welche derselben schuldig sind, die Aufforderung, ihre Schuldigkeiten binnen 8 Tagen bei Vermeidung gerichtlicher Einflagung an Partikulier Karl Schwab dahier zu berichtigen. Karlsruhe, den 10. Juni 1851. Großh. bad. Stadtamtsverförat. G. Gerhards.

C.998. [3]3. Nr. 21, 27. Rastatt. (Barnung.) Es ist eine öffentliche Schuld- und Pfandurkunde, d. d. Rothensfeld, den 6. November 1817, wornach Friedrich Wolf von Rothensfeld an den Pfarrhausbauhof daselbst 100 fl. schuldet, abhanden gekommen; was hiermit zur Warnung vor dem Erwerb bekannt gemacht wird. Rastatt, den 27. Mai 1851. Großh. bad. Oberamt. v. S e n n i n.

D.154. [3]1. Nr. 19, 37. Pforzheim. (Kahnung.) J. U. S. gegen Georg Jakob Ruf und Genossen von Weissenstein, wegen Diebstahls. Georg Jakob Ruf und Christian Bronner, Beide von Weissenstein und ledig, von welchen der Erstere durch hofgerichtliches Urtheil vom 14. v. Mts. zu einer einjährigen, Letzterer aber zu einer sechsmonatlichen Arbeitsstrafe wegen Diebstahls verurtheilt worden ist, haben sich vor einigen Tagen der Strafe durch die Flucht entzogen. Wir ersuchen daher sämtliche Gerichts- und Polizeibehörden, auf die beiden Burken, deren Signalement unten folgt, fahnden, und sie im Betreffungsfall wohlverwahrt anher abliefern lassen zu wollen. Signalement des Georg Jakob Ruf: Alter, 22 Jahre; Größe, 5' 6"; Statur, mittelmächtig; Gesicht, oval; Haare, schwarzbraun; Stirne, breit; Augenbrauen, schwarzbraun; Augen,

D.128. [3]2. Rr. 18.268. Pörrach. (Fahndung.) Bezüglich auf unser früheres Fahndungsausschreiben vom 29. April d. J., Nr. 14.184, gegen Paulina Went von Rühwyl, wegen Diebstahls, fügen wir noch deren Signalement bei und bitten, sie aufzutreiben zu arretieren und anher abzuliefern. Sie ist 23 Jahre alt, 5' 3" groß, besetzter Statur, hat breite Gesichtszüge und gesunde Farbe, blonde Haare, breite Stirne, graue Augen, mittlere Nase, großen Mund, rundes Kinn, gute Zähne, keine besondere Kennzeichen.

Pörrach, den 4. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Gräf.

D.140. [3]2. Rr. 17.901. Pörrach. (Aufsicherung und Fahndung.) Georg Friedrich Herzog von Grenzsch, Soldat beim großherzoggl. 3. Infanteriebataillon, hat sich am 27. v. Mts. ohne Erlaubnis aus seiner Garnison Mannheim entfernt. Derselbe wird deshalb aufgefordert, innerhalb 6 Wochen sich dorthin oder bei dem großh. Kommando des 3. Infanteriebataillons zu stellen, widrigenfalls die Desertionsstrafe gegen ihn ausgesprochen und er wegen Landesflucht seines Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt werden soll. Zugleich ersuchen wir alle Behörden, auf ihn fahnden und ihn im Betretungsfall hierher oder an die genannte Militärbehörde abliefern lassen zu wollen, zu welchem Behufe wir dessen Signalement beifügen.

Alter, 23 Jahre; Größe, 5' 6" 3/4; Körperbau, besetzt; Farbe, gesund; Augen, braun; Haare, braun; Nase, stumpf. Geleidet war derselbe bei seiner Entfernung mit einer blauen Armelwunde, blauen Hosen und einer Dienstmütze.

Pörrach, den 4. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Winter.

D.81. [3]3. Rr. 13.384. Bretten. (Aufsicherung.) Der eines Diebstahls beschuldigte Friedrich Koch von Wünzheim wird, da dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, aufgefordert, sich innerhalb dieses Monats zu stellen und sich über das ihm zur Last gelegte Verbrechen zu verantworten, widrigenfalls seiner Zeit nach Lage der Akten gegen ihn erkannt werden wird. Die resp. Polizeibehörden werden auch ersucht, über dessen etwa ermittelt werdenden Aufenthaltsort Nachricht anher geben zu wollen.

Bretten, den 1. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Gaupp.

D.88. [3]3. Rr. 25.663. Heidelberg. (Aufsicherung.) Die Konstriktion für 1851 betr. Bei der heute stattgehabten Rekrutenaushebung sind Joseph Morganstern von hier mit Loos-Nr. 19, Johann Martin Werner von Eppelheim mit Loos-Nr. 101, Jakob Jungmann von Dossenheim mit Loos-Nr. 123, Heinrich Stephan v. Schmitz von Heidelberg mit Loos-Nr. 133, Karl Friedrich Kirch von Dossenheim mit Loos-Nr. 188, Johann Jakob Schmitt von Heidelberg mit Loos-Nr. 195, und Johann Michael Weich Panzer von Heidelberg mit Loos-Nr. 201 unentschuldig ausgieblieben und werden nunmehr aufgefordert, sich innerhalb 6 Wochen daber zu stellen, widrigenfalls sie der Rekraktion für schuldig erklärt und vorbehaltlich persönlicher Bestrafung im Betretungsfall in die gesetzliche Strafe von 500 fl. verurteilt würden.

Heidelberg, den 4. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
Kraft.

D.153. Rr. 15.636. Ladenburg. (Aufsicherung.) Die Konstriktion pro 1851 betr. Bei der heutigen Aushebungstagfahrt blieben nachstehende Konstriktionspflichtige aus und werden deshalb aufgefordert, sich binnen 6 Wochen zu stellen, widrigenfalls sie als Rekraktäre angesehen und in die gesetzliche Strafe im Betretungsfall verurteilt werden sollen. Die Fehlbunden sind: 1) Wolf Krieger von Heidenheim, Loos-Nr. 113.  
2) Anton Leopold Sautter von Käferthal, Loos-Nr. 111.  
3) Karl Friedrich Pfleger von Käferthal, Loos-Nr. 53.

D.121. [3]1. Rr. 18.343. Freiburg. (Versäumungserkenntnis.) In Sachen der Theresia Bant, Ehefrau des künftigen Adelswirths Bonifaz Bernauer von Oberried, gegen ihren Ehemann, Vermögensabsonderung und Arrest betreffend.

In Erwägung, daß die öffentliche Vorladung des Beklagten, den Vorschriften der Pr.D. §. 272 u. ff. entsprechend, statgefunden hat, der Borgeladene aber in der auf heute bestimmten Verhandlungstagfahrt nicht erschienen und die Klage selbst nach den Thatsachen, worauf sie sich stützt, in Rechtsgründung ist, ferner nach Ansicht der Pr.D. §. 253, 311, 330, 653 und 654, endlich der Kosten wegen §. 169 ergeht auf den Antrag des klägerischen Anwaltes

Versäumungserkenntnis. Die thatsächlichen Behauptungen der Klägerin werden für zugefanden angenommen, jede Schuldrede für versäumt erklärt, und wird demzufolge erkannt: Das Vermögen der Klägerin sey von dem ihres Ehemannes, des Beklagten, abzufondern, unter Verschlag des Letztern in die Kosten dieses Rechtsstreites.

Hievon erhält der künftige Beklagte auf diesem Wege Nachricht. So geschähen Freiburg, den 3. Juni 1851.  
Großh. bad. Landamt.  
Fritler.

D.123. [3]1. Rr. 19.427. Säckingen. (Verkanntmachung.) In Sachen des Kirchenfonds Murg, Klägers, gegen Lorenz Sauer's Ehefrau, Rescenzia Rude, von Diggeringen, Beklagte, Forderung betreffend.

Beschluß. 1) Das durch dieseitige Verfügung vom 28. März d. J., Nr. 10.877, mit Verschlag belegte Gutshaben der Beklagten bei August Volhard in Murg wird dem Klagenbesitzer an Zahlungstat zugewiesen. 2) Dies wird dem August Volhard, welcher künftig ist, hiemit eröffnet.

Säckingen, den 4. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Posinger.

D.142. Rr. 5622. Meerzbürg. (Unterpfandsbuch-Erneuerung.) Mit Genehmigung großh. Regierung des Kreises, d. d. Konstanz, den 19. November 1850, Nr. 22.290, wird die Erneuerung des Unterpfandsbuchs der Gemeinde Wausen vorgenommen. Es werden alle diejenigen Personen, welche Pfandrechte auf Liegenschaften in der Gemarkung Wausen anzusprechen gedenken, hiemit aufgefordert, solche unter Vorlage ihrer Pfandurkunden — entweder in Original oder in beglaubigter Abschrift — am 30. Juni d. J. vor der in Wausen hiezu bestellten Kommission um so gewisser anzumelden, als sonst der etwa schon im alten Pfandbuch zu Gunsten des Ausbleibenden vorhandene und nicht getrigene Eintrag gleichlautend in das neue Pfandbuch übertragen werden wird, und jeder Pfandgläubiger sich diejenige Nachtheile selbst beizumessen hat, welche daraus, daß er sich anzumelden unterließ, für ihn entspringen könnten.

Meersburg, den 27. Mai 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Zieffler.

D.108. Rr. 13.938. Durlach. (Vorladung.) In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Gantmasse des Friedrich Grafen von Weingarten, Forderungen und Vorzug betr., wird zur Eröffnung des Ganturtheils Tagfahrt anberaumt auf Freitag, den 11. Juli d. J., Vormittag 9 Uhr, und wird hierzu der künftige Gantmann Friedrich Grafen mit dem Ansigen vorgeladen, daß bei seinem Ausbleiben das Urtheil gleichwohl als ihm eröffnet gelten wird.

Durlach, den 4. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
Lehe.

D.125. Rr. 10.658. Ettlingen. (Gläubigeraufruf.) Franz Ignaz Kunz, Rathschreiber in Reichenbach, und dessen Ehefrau Rescenz, geb. Weber, haben die Auswanderung erklärt. Etwaige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen am Montag, den 23. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, auf dieseitiger Amtskanzlei anzumelden bei Vermeidung der für sie durch den sofortigen Vermögenswegzug entfallenden Nachtheile.

Ettlingen, den 7. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Wagg.

D.155. Rr. 27.278. Amt Ettenheim, Gemeinde Grafenhausen. (Schuldenliquidation.) Die Wittwe des Carl Bögi, M. Anna, geborne Bub, und dessen Kinder von Grafenhausen gedenken nach Amerika auszuwandern; es werden daher alle diejenigen, welche irgend Ansprüche an dieselben zu machen haben, aufgefordert, diese innerhalb 18. Juni d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause daselbst vor dem Distriktsnotar Thum unter Vorlage der desfallsigen Beweisurkunden um so gewisser anzumelden, als ihnen sonst nicht mehr zur Zahlung verholven werden könnten.

Ettenheim, den 7. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Stigler.

D.107. Rr. 23.583. Ettenheim. (Schuldenliquidation.) Gegen Altvogt Karl Marke von Walburg ist Gant erkannt, und Tagfahrt zum Richtighstellungs- und Vorzugsverfahren auf Donnerstag, den 3. Juli 1851, Vormittags 8 Uhr, auf dieseitiger Amtskanzlei festgesetzt, wo alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse zu machen gedenken, solche bei Vermeidung des Ausschusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antrittung des Beweises mit andern Beweismitteln.

Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerauschuß ernannt, Borg- und Nachschlagvergleiche versucht, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerauschußes die Richterlicheinreden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Wolfsch, den 6. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Mallebrein.

D.132. Rr. 7721. Gerlachshausen. (Schuldenliquidation.) Gegen Peter Helmuth von Gerlachshausen haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zum Richtighstellungs- und Vorzugsverfahren auf Freitag, den 27. Juni d. J., früh 8 Uhr, anberaumt.

Alle, welche aus irgend einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, werden aufgefordert, solche in der Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden und zugleich die etwaigen Unterpfands- oder Vorzugsrechte zu bezeichnen, die der Anmeldende geltend machen will; auch gleichzeitig die Beweisurkunden vorzulegen oder den Beweis mit andern Beweismitteln anzutreten.

In derselben Tagfahrt wird ein Massepfleger und Gläubigerauschuß ernannt, auch ein Borg- oder Nachschlagvergleich versucht, und es sollen die Richterlicheinreden in Bezug auf Borgvergleiche und jene Ernennungen als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Gerlachshausen, den 5. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Schwab.

D.119. Rr. 10.417. Staufen. (Schuldenliquidation.) Gegen die Verlassenschaft des Johann Baptist Drlieb, gewesenen Landwirths von Brunern haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zum Richtighstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt auf Freitag, den 27. Juni 1851, früh 8 Uhr, in dieseitiger Amtskanzlei angeordnet, wobei alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, solche bei Vermeidung des Ausschusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und unter gleichzeitiger Vorlage der Beweisurkunden oder Antrittung des Beweises mit andern Beweismitteln ihre etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen haben; dabei verbindet man die Anzeige, daß bei dieser Tagfahrt ein Massepfleger und Gläubigerauschuß ernannt, Borg- und Nachschlagvergleiche versucht werden, mit dem Besatze, daß in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerauschußes die Richterlicheinreden als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden.

Staufen, den 4. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Kettler.

D.118. Rr. 17.624. Säckingen. (Schuldenliquidation.) Gegen den Nachschlag des Marzell Stoll von Rütte haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf Dienstag, den 24. Juni d. J., früh 8 Uhr, angeordnet. Sämmtliche Gläubiger werden daher aufgefordert, ihre Ansprüche an den Gantmann auf gebachten Tag unter gleichzeitiger Vorlage ihrer Beweisurkunden oder Antrittung des Beweises mit andern Beweismitteln, mündlich oder schriftlich, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte anzumelden und etwaige Vorzugsrechte zu bezeichnen und zu begründen, bei Vermeidung des Ausschusses von der vermaligen Masse.

In der Tagfahrt sollen ferner über die Wahl eines Massepflegers und Gläubigerauschußes verhandelt, auch Borg- und Nachschlagvergleiche versucht werden, bezüglich auf welche Punkte, mit Ausnahme eines etwa zu Stande kommenden Nachschlagvergleiches, die ausbleibenden Gläubiger als der Mehrheit der Erschienenen beitretend angesehen werden würden.

Säckingen, den 2. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Fosinger.

D.127. Rr. 11.064. Radolpzhell. (Ausschlußerkennntnis.) Die Gant des Athanasius Löble von Fimmendorfen betr. Alle diejenigen, welche in der heutigen Tagfahrt ihre Ansprüche nicht angemeldet, werden von der Masse ausgeschlossen.

Radolpzhell, den 5. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Dietzsch.